

ten, standen die ersten Massenmorde der Nationalsozialisten, nämlich diejenigen an den Geisteskranken. Sie erwiesen sich bald als Probelauf, durch die die entscheidenden Erfahrungen für die Ermordung der Juden gesammelt wurden. Die „innere Logik“ des Prozesses und Wechselspiels zwischen Umschichtung und Verdrängung von Volksgruppen, vornehmlich der Juden, führte schließlich zum Völkermord an den letzteren, und die Stufenfolge: Reservatpläne, Deportationen, Ghettoisierung, Auflösung der Ghettos und schließlich Vernichtung seiner Insassen zur Freisetzung von neuen Kräften bildete eine extreme Steigerung menschenverachtender Politik, die in der Geschichte der Menschheit ihresgleichen sucht. Spätestens ab März 1941 wurden die Vokabeln „Deportation“ und „Vernichtung“ zu Synonymen, und in der Wannsee-Konferenz waren die zur Vernichtung der Juden führenden Entscheidungsprozesse endgültig festgelegt.

A. bettet seine chronologisch aufgebauten und an den administrativen Einzelschritten sowie den Plänen und Denkweisen der Verantwortlichen orientierten Ausführungen in den Gesamtzusammenhang des politischen und militärischen Geschehens ein, und so bekommt die vierfache Chronologie auch ihren guten Sinn. Es ist das besondere Verdienst der Arbeit A.s, den Zusammenhang zwischen Judenvernichtung und deutscher, von nationalistischen Großmachtvorstellungen angeheizter Umsiedlungspolitik herausgestellt zu haben. Die „Vordenker der Vernichtung“, von denen A. zusammen mit Susanne Heim in seinem ersten Buch geschrieben hatte, wurden somit noch näher als vorher an die von ihnen wohl nicht gewollte, aber doch letztlich nicht ausgeschlossene Politik der „Endlösung“ herangerückt.

Hilbergs Buch kann demgegenüber an dieser Stelle nicht mehr kommentiert werden. Eine ergänzende Lektüre dieses umfangreichen, in drei handliche Teilbände geteilten Bandes kann jedoch die Ausführungen A.s in einen weiteren zeitlichen Zusammenhang einbetten. Hilberg geht es darum, den „Vernichtungsprozeß“ von seinen ersten Ausprägungen und Vorformen an bis zu den letzten Konsequenzen in den Prozessen und Wiedergutmachungsverfahren der Nachkriegszeit nachzuzeichnen. Informationen über die beteiligten Behörden und Beamten, über die Kompetenzen und die Entscheidungsprozeduren können dabei dem Leser als begleitende Hilfen dienen, durch die er das Dickicht eines totalitären Staates durchschreiten kann. Als Stufungen bis zur physischen Vernichtung der Juden erläutert H. vor allem die Phasen der Vermögensenteignung („Arisierungen“ u. a.), der siedlungspolitischen Konzentration, der Aktivierung von mobilen Tötungseinheiten (Einsatzgruppen u. a.), der Deportationen und schließlich der systematischen Vernichtung in den Todeslagern. Dem dritten Band wurden die Schlußfolgerungen vorbehalten, die sich auch auf die psychologischen Folgen, die administrative Verarbeitung in der Nachkriegszeit, die Kriegsverbrecherprozesse und die sog. Wiedergutmachungen beziehen.

Beide Werke sind durch Orts- und Personenregister als Nachschlagewerke erschließbar. Als äußerst nützlich erweist sich in Hilbergs Werk das Sachregister, durch das auch Fragen zur Verwaltungsgeschichte erfaßt werden können.

Darmstadt

J. Friedrich Battenberg

Zwischen „Tauwetter“ und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956–1970. Hrsg. von Hans Lemberg. (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, 11.) Verlag J. G. Herder-Institut. Marburg/Lahn 1993. XII, 135 S., DM 29,—.

In Anknüpfung an eine Publikation zur Sowjetisierung Ostmitteleuropas aus dem Jahr 1959 und eine Fachtagung von 1987 beschäftigt sich die Jahrestagung des J. G. Herder-Forschungsrates 1988 auf Anregung seines damaligen Präsidenten Gotthold Rhode mit den Veränderungen in Ostmitteleuropa vom XX. Parteitag der KPdSU 1956 bis zum Sturz des polnischen Parteichefs Gomułka 1970. Ausgangspunkt waren dabei die Überlegungen Eugen Lembergs aus dem Jahre 1968, der von der Zeit nach 1955/56

in Osteuropa als einer „Reformation des Kommunismus“ sprach. Die Referate dieser Tagung liegen nun in einem Sammelband vor. Herausgeber Hans Lemberg (Marburg) weist in seinem Vorwort auf die Tatsache hin, daß sich die Situation in Osteuropa seitdem völlig verändert habe, die Beiträge an ihrer Gültigkeit dennoch nichts verloren hätten.

Der Schwerpunkt des Buches liegt auf der Entwicklung Polens, mit der sich acht der elf Aufsätze befassen. So positiv diese Akzentsetzung für die Darstellung der polnischen Situation ist, bedeutet sie doch eines der – um es gleich zu sagen – wenigen Mankos des Buches. Man hätte sich eine ähnliche Dichte auch für die Geschichte der ČSSR und Ungarns, besonders aber für die baltischen Republiken gewünscht, von denen Estland und Litauen überhaupt nicht erwähnt werden. Auch eine Einbeziehung der in vielerlei Hinsicht ähnlichen Entwicklung der DDR hätte hilfreich sein können.

Im ersten Beitrag befaßt sich Karl Hartmann (Brühl) mit den polnischen Ereignissen des Jahres 1956. Zu Recht weist er darauf hin, daß die Veränderungen in Polen in vielen Bereichen schon bald nach dem Tod Stalins 1953 begannen, den wirtschaftlichen Sektor aber zunächst ausklammerten. Die Machtkämpfe innerhalb der PZPR behinderten auch Gegenmaßnahmen angesichts der sich abzeichnenden politischen Krise. Vor allem in der Zeit zwischen Mai und Oktober 1956 gab es eine weitgehende Pressefreiheit, so daß offene Kritik nicht nur an den Verhältnissen im eigenen Land, sondern sogar auch an der Sowjetunion geübt werden konnte. Auch das Verhältnis zur Kirche besserte sich entscheidend. Die Einstellung Moskaus zur Ernennung Władysław Gomułkas zum Parteichef schildert H. etwas zu oberflächlich. Die dramatischen Ereignisse des 19. Oktober, als die gesamte Führungsspitze der KPdSU unangemeldet in Warschau eintraf, hat Gomułkas Dolmetscher Erwin Weit („Ostblock intern“) schon 1970 deutlich bildlicher beschrieben. Wichtig und richtig ist dagegen die Einschätzung, daß schon mit Gomułkas erster öffentlicher Rede am 20. 10. das Ende des „Frühlings im Oktober“ begann. – Csaba János Kenéz (Marburg) stellt in seinem Aufsatz eine Verbindung zwischen den Ereignissen in Ungarn und Polen im Jahre 1956 her und zeigt die gegenseitigen Wechselwirkungen. Interessant ist vor allem die zunächst eher positive Einstellung nicht nur der polnischen Bevölkerung, sondern sogar der neuen Parteiführung zur ungarischen Reformpolitik. Erst die zweite sowjetische Invasion vom 4. 11. 1956 führte zu einer Änderung der Politik Gomułkas. – Ivan Pfaff (Heidelberg) kann in seinen knappen Erläuterungen zu den Auswirkungen des 20. Parteitags der KPdSU auf die Tschechoslowakei zeigen, daß es der KSČ-Führung gelang, die Kontrolle über die oppositionellen Kräfte, vor allem Intellektuelle, zu behalten, weil die Mehrheit der Arbeiter passiv blieb.

Äußerst interessant sind die Ausführungen von Egil Levits (Bonn) über die im Westen wenig bekannte reformkommunistische Bewegung im Lettland der 50er Jahre. Er weist auf den kolonialen Charakter des sowjetischen Staats- und Parteiapparats im Land zu Zeiten des Hochstalinismus hin, aufgrund dessen lettische Funktionäre in der Regel nur Hilfspositionen einnehmen durften. Eine Neuorientierung der Nationalitätenpolitik setzte schon kurz nach Stalins Tod – auf Initiative Berijas – ein. In Lettland führte sie dazu, daß Einheimische allmählich ein Übergewicht in den regionalen Machtstrukturen bekamen. In den Jahren 1958/59 begann sich Widerstand gegen „Lettifizierung“ und Reformen zu regen. Bis 1961 wurden etwa 2000 lettische Funktionäre entlassen oder degradiert, bis 1988 besetzten Rußland-Letten alle Spitzenämter in Staat und Partei. L. kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß man die nationalen Bestrebungen der Letten und ihren Wunsch nach vorsichtiger Liberalisierung und Demokratisierung in jener Zeit zusammen sehen müsse.

Wolfgang Quaisser (München) untersucht die Veränderungen in der polnischen Landwirtschaft nach 1956. Er kann zeigen, daß die von Gomułka eingeleiteten Maß-

nahmen weiter gingen als ursprünglich angestrebt, indem auf Druck der Bauern stärker privatwirtschaftlich orientierte Lösungen sich allmählich durchsetzten. Lediglich auf freiwilligem Zusammenwirken beruhende Konzepte wie im Bereich der überbetrieblichen Kooperation hatten eine Chance auf Erfolg. – Besonders deutlich waren die Widerstände gegen eine unkritische Übernahme des sowjetischen Modells in der Industrie. Karl von Delhaes (Marburg) schildert, daß nach Stalins Tod dem Konsumgütersektor gegenüber der Schwerindustrie ein deutlich größerer Stellenwert zuerkannt wurde, ohne daß man freilich zentrale Planung und staatlich direktive Lenkung in Frage stellte. D. sieht die wirtschaftliche Stabilisierung der späten 50er Jahre als Voraussetzung für die politische Lähmung der 60er Jahre und für die zeitweilige Neusicherung der kommunistischen Herrschaft und zeigt dabei den innovationsfeindlichen Charakter auch der scheinbar so reformfreundlichen Kräfte um Gomułka. Einen Schritt weiter gehend könnte man auch sagen, daß sich schon damals zeigte, daß das realsozialistische System als solches eben nicht reformierbar war. – Verglichen mit den polnischen Konzepten der 50er waren die tschechoslowakischen Wirtschaftsreformen der 60er Jahre weit umfassender, wie Jiří Kost a (Frankfurt/Main) darlegt. Den Reformbedarf mußte sogar die orthodox-konservative Parteiführung eingestehen. Die eingesetzte Kommission unter Vorsitz von Ota Šik legte ein radikales Reformprogramm vor, das das Machtmonopol der Partei aber nicht antastete.

Eine interessante Analyse der inneren Entwicklung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) von 1964 bis 1968 legt Jörg K. Hoensch (Saarbrücken) vor. Er führt die Wurzeln der innerparteilichen Machtkämpfe bis in die Zeit des Zweiten Weltkriegs zurück. Gomułka nutzte sie lange Zeit für seine eigenen Zwecke, geriet jedoch Mitte der 60er Jahre in die Defensive. Dies auf den Sturz Chruščevs zurückzuführen, dem Gomułka eng verbunden gewesen sei, ist allerdings nicht korrekt. Gehörte doch Gomułka zu denjenigen, die mit zu dessen Entmachtung beitrugen, weil er eine Kurskorrektur in der sowjetischen Deutschlandpolitik befürchtete. Tatsache ist sicherlich, daß Gomułka die Gefahren übersah, die von den sog. „Partisanen“ um General Moczar ausgingen, die ihren Rückhalt in der Partei immer stärker ausbauten. Der Sechstagekrieg 1967 bot ihnen die Gelegenheit, ebenso gegen mißliebige Intellektuelle wie gegen ihre Rivalen vorzugehen, wobei sie gezielt antisemitische Stimmungen auch in der Bevölkerung nutzten. Die totale Machterlangung gelang jedoch nicht, da sowohl Moskau als auch die Gegner innerhalb der PVAP dies nicht zuließen. Die von H. vorgenommene Trennung zwischen Gomułka- und Moczar-Anhängern bei der propagandistischen Begründung der Invasion in der Tschechoslowakei ist dagegen nicht überzeugend. Es finden sich nämlich in beiden Lagern Aussagen zu der angeblich verstärkten westdeutschen Gefahr wie zu den revisionistischen Bestrebungen der Prager Reformer.

Heinrich Mrowka (Marburg) untersucht Polens neue Nationalitätenpolitik nach 1956 vor allem gegenüber den Deutschen. Als besonderer Vorzug dieses Beitrags erweist sich die Tatsache, daß er sich insbesondere auf Presseveröffentlichungen aus der Zeit stützt, weil eine solche Analyse bisher fehlte. Interessant sind dabei die Hinweise auf die deutschsprachigen Zeitungen wie die Breslauer „Arbeiterstimme“, die bis 1958/59 in Niederschlesien erscheinen durften. M. zeigt, daß die Liberalisierung der Politik gegenüber den Deutschen sich auf die Zeit bis 1958/59 beschränkt. Der zunehmende Abwanderungsdruck ließ jedoch rasch erkennen, daß der Versuch einer neuen polnischen Nationalitätenpolitik gescheitert war.

Hans Jürgen Karp (Marburg) schildert die Veränderungen im Verhältnis von Staat und Kirche in Polen nach 1956. In den ersten zwei Jahren versuchte Gomułka, die Kirche in seinen Reformprozeß miteinzubeziehen. Hierbei fand er auch die Unterstützung des aus der Verbannung zurückgekehrten Kardinal-Primas Wyszyński. Nach 1958/59 nahmen die Repressionen wieder zu. Die Partei setzte einer Tätigkeit der Kirche in al-

len Bereichen, die über bloße Kulturausübung hinausgingen, aktiven Widerstand entgegen. Zu einem weiteren Streitpunkt wurde in den 60er Jahren die Einschätzung des Verhältnisses zur Bundesrepublik. Der berühmte Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder von 1965 führte zu scharfer Kritik in der PVAP, vor allem wegen der darin angesprochenen Bereitschaft zur Versöhnung. K. schreibt dem Programm Wyszyńskis zur Ausweitung des gesellschaftlichen Einflusses der Kirche eine wichtige Funktion beim Entstehen oppositioneller Kräfte in Polen zu, überschätzt dabei aber wohl das Tempo der Wirkung des Zweiten Vatikanischen Konzils ein wenig. Bei der insgesamt vorsichtig positiven Bewertung der Haltung der Kirche angesichts der antisemitischen Kampagne des Jahres 1968 scheinen leichte Zweifel angebracht zu sein, war doch von öffentlichen Äußerungen führender Kirchenvertreter in jener Zeit nichts zu hören, während sie gegen das Vorgehen gegen Teile der akademischen Jugend immerhin protestierten.

Im abschließenden Beitrag setzt sich Helmut Wagner (Berlin) mit dem Ende der Ära Gomułka im Dezember 1970 auseinander. Er rückt dabei die Person des Parteichefs in den Vordergrund. Bei der Schilderung der Ereignisse stellt er – wie manch andere vor ihm – eine Kausalität zwischen dem deutsch-polnischen Vertrag vom 7. 12. und dem Sturz Gomułkas am 20. 12. 1970 her, die sich nicht belegen läßt. Die Entmachtung sollte statt dessen eher als Folge des sich schon länger abzeichnenden Realitätsverlustes des Parteichefs gesehen werden. Im Unterschied zu 1968 waren nun die Arbeiter Anführer der Protestbewegung im Land, sie brachten Gomułka zu Fall.

Insgesamt gesehen stellen die Ergebnisse einen wichtigen Beitrag zur Erforschung des behandelten Zeitraums dar. Gerade durch die Heterogenität der verschiedenen Aufsätze entsteht für den Leser das Bild einer nach Ländern völlig unterschiedlichen inneren Entwicklung – natürlich unter der unveränderlichen Oberhoheit Moskaus –, die beweist, daß die Verwendung des Begriffes „Ostblock“ über Jahrzehnte hinweg eine irreführende Vereinfachung darstellte.

Mainz

Markus Krzoska

Mariana Hausleitner: Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka.

Mit einem Vorwort von Egbert Jahn. (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 28.) Campus Verlag, Frankfurt, New York 1994. 309 S., DM 78,—.

Gestützt auf die penible Auswertung der offiziellen Verlautbarungen, der Tagespresse, der Publizistik und wissenschaftlicher Untersuchungen, von der die ausführlichen Anmerkungen und die erschöpfende Bibliographie (S. 287–309) zeugen, hat die am Osteuropa-Institut der FU Berlin beschäftigte Vf.in eine gehaltvolle Studie vorgelegt, in der sie schlüssig die Ziele der sowjetischen Osteuropapolitik unter Gorbačov analysiert und die Ursachen für ihre Erfolglosigkeit aufzeigt. Nach der ausführlichen Präsentation ihrer – im Laufe der Untersuchung durch die Ereignisse mehrfach veränderten – Fragestellung und des methodischen Vorgehens werden in vier, auf Kosten des Leseflusses und der inhaltlichen Zusammengehörigkeit stellenweise allerdings zu stark untergliederten Kapiteln die innenpolitischen Rahmenbedingungen des außenpolitischen Wandels zwischen 1985 und 1991, die Veränderungen in den sowjetischen Bündnisbeziehungen, die Reaktion der sowjetischen Medien auf die Entwicklung in Osteuropa und die Aufarbeitung der das Verhältnis der UdSSR zu den sozialistischen „Bruderländern“ belastenden historischen Konflikte vorgestellt. In souveräner Materialbeherrschung und mit sicherem Urteil bewertet Mariana Hausleitner auf dieser faktengeprägten Basis abschließend die Chancen und inneren Widersprüche der sowjetischen Osteuropapolitik.